

Niederschrift Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 07.07.2010

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Gudrun Riedel begrüßte an anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 26.05.2010

Die Niederschrift der Sitzung vom 26.05.2010 wurde einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellungen des Kreisverbandes der Volkssolidarität Uecker-Randow e.V. zur Übernahme der Stadtbibliothek am jetzigen Standort in Strasburg

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren Frau Heike Nitzke, stellv. Geschäftsführerin des Kreisverbandes der Volkssolidarität Uecker-Randow e.V. und Frau Andrea Müller, Mitarbeiterin des KV der Volkssolidarität Uecker-Randow e.V. und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Strasburg (Um.) anwesend.

Frau Nitzke und Frau Müller informierten die Mitglieder des Ausschusses anhand von Informationsmaterial, das jedes Ausschussmitglied erhielt, über die Vorstellungen der Volkssolidarität zu einer evtl. Übernahme der Stadtbibliothek Strasburg (siehe Anlage).

Anschließend gab es eine kontroverse Diskussion.

Die Mitarbeiterinnen der VS versuchten die Anfragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

Folgende Fragen blieben offen:

- Ist eine Senkung der Kosten für die Stadt Strasburg (Um.) bei Übernahme der Bibliothek durch die Volkssolidarität zu verzeichnen?
- Wie viel Zuschüsse benötigt die Volkssolidarität von der Stadt Strasburg (Um.)?
- Die Kostenaufstellung der Volkssolidarität bei Übernahme der Stadtbibliothek fehlt
- Die Frage nach den Kosten bei Einstellung einer ausgebildeten Bibliothekarin bei flexiblen Öffnungszeiten wurde ausweichend beantwortet.

Frau Nitzke konnte die Fragen der Ausschussmitglieder nicht beantworten.

Sie legte dar, dass vonseiten der Volkssolidarität noch keine detaillierten Kostenaufstellungen existieren.

Durch die Volkssolidarität kam klar zum Ausdruck, dass die Betreuung der Stadtbibliothek ohne Zuschüsse von der Stadt nicht möglich sei. Eine Kosteneinsparung wäre nur im Bereich der Lohnkosten möglich. Alle anderen Kosten würden genauso anfallen, wenn die Einrichtung von der Stadt betrieben werden würde.

Zu der Aussage (lt. Anschreiben des Bürgermeisters an die Ausschussvorsitzende vom 12.05.2010), die Volkssolidarität wäre bereit, für 27 T€ jährlich über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag die Betreuung der Bibliothek durchzuführen, konnten vonseiten der Mitarbeiterinnen der Volkssolidarität keine Aussagen gemacht werden. Die Ausschussmitglieder wurden auf mögliche Synergieeffekte hingewiesen, die durch das Betreiben der Bibliothek und eines Hauses der Familien erzielt werden könnten.

Die Mitglieder des Ausschusses sahen anhand der Darlegungen von Frau Nitzke und Frau Müller keine Einsparungen von Kosten für die Stadt Strasburg bei Übernahme der Bibliothek durch die Volkssolidarität.

Die Ausschussmitglieder forderten die Übergabe von konkretem Zahlenmaterial vonseiten des KV der Volkssolidarität und der Stadt Strasburg(Um.) um eine bessere Übersicht zu erhalten. Vielleicht wäre eine Ausschreibung zur „Betreibung der Stadtbibliothek Strasburg“ möglich.

Die Informationen des KV der Volkssolidarität Uecker-Randow e.V. wurden zur Kenntnis genommen.

zu 4 2. Änderung der Ordnung der Stadt Strasburg (Um.) über Verwaltungsgebühren der Stadtbibliothek Strasburg (Um.) (Stadtbibliotheksgebührenordnung)
Vorlage: 0008-Hau-2010

Nach einigen Erläuterungen zur Beschlussvorlage von der Hauptamtsleiterin Frau Schilling wurde die Variante B (Vorschlag des Finanzausschusses) mit einer Änderung zu Punkt 1.1.2. bestätigt:

Nr. 1.1.2. Familienkarte 15,00 €

Abstimmung: 5 dafür

1 dagegen

Herr Kurt Rabe regte an, die 2. Änderung der Ordnung der Stadt Strasburg (Um.) über Verwaltungsgebühren der Stadtbibliothek (Stadtbibliotheksgebührenordnung) am 01.01.2011 in Kraft zu setzen.

zu 5 Sonstiges

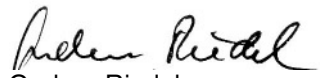
Die Ausschussvorsitzende Frau Riedel informierte die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass durch den Seniorenbeirat der Stadt Strasburg (Um.) eine Seniorenbox initiiert wurde, die bei den Senioren großen Anklang fand.

Ihr Vorschlag wäre, gleichwertig eine Familienbox und eine Jugendbox ins Leben zu rufen, wo alle Familien und Jugendlichen ihre Hinweise, Kritiken und Vorschläge zum Ausdruck bringen könnten. Hierzu müssten dann Vereine, Schulen etc. angesprochen werden, um dort diese Boxen aufstellen zu dürfen.

Die Mitglieder des Ausschusses wurden gebeten, Vorschläge zur Verteilung der Boxen zu unterbreiten. Die Auswertung der Hinweise, Vorschläge etc. aus den Boxen wird im Ausschuss vorgenommen.

Die nächste Ausschusssitzung wird sich weiter damit beschäftigen

Der öffentliche Teil der Sitzung war beendet. Die Gäste wurden von der Vorsitzenden des Ausschusses verabschiedet.



Gudrun Riedel
Vorsitzende des Ausschusses